



Spuren der Verwüstung nach den Ausschreitungen in Port-Gentil.

REBECCA BLACKWELL / AP

Den Bongos möchten es viele nachmachen

Die heimliche Bildung einer Dynastie in Gabon und die Folgen

Die umstrittene Wahl von Ali Bongo zum Präsidenten von Gabon macht auf eine wachsende Tendenz in mehreren afrikanischen Ländern aufmerksam. Alternde Staatschefs bauen ihre Söhne zu Nachfolgern auf und lassen die Erbfolge an der Urne legitimieren. Oppositionelle sehen in der Dynastienbildung einen Missbrauch der Demokratie.

mhf. Dakar, 6. September

Wann wird ein Phänomen zum Trend? In Gabon ist letzte Woche der 50-jährige Ali Bongo zum Präsidenten gewählt worden. Er folgt auf seinen im Juni verstorbenen Vater Omar Bongo. Gabon, mit 1,5 Millionen Einwohnern ein Kleinstaat am Golf von Guinea, macht normalerweise allenfalls als sechstschichtigster Erdölproduzent Schwarzafrikas von sich reden oder wegen der starken französischen Präsenz. Neben 12 000 niedergelassenen Franzosen hat Paris rund 1000 Soldaten in Gabon stationiert. Nun sorgt Bongos Wahlsieg für Aufsehen in der frankofonen afrikanischen Presse, weil er die dritte «dynastische» Nachfolge in Afrika innert weniger Jahre anzeigt.

Demokratie ohne Demokraten

Von ähnlichen Bestrebungen in den arabischen Staaten Ägypten und Libyen einmal abgesehen, waren zuvor in Kongo-Kinshasa und Togo solcherart demokratisch legitimierte Dynastien begründet worden. Senegal könnte bald den gleichen Weg gehen, wenn der greise Präsident Wade seinen Willen durchsetzt.

Omar Bongo hatte schon Mitte der siebziger Jahre den Wunsch verspürt, seine Familie für alle Zeit an der Macht zu halten. Er soll den damaligen französischen Präsidenten Giscard d'Estaing gefragt haben, was dieser davon hielte, wenn in Gabon die Monarchie ausgerufen würde; die Krönung von Jean-Bédel Bokassa zum Kaiser der Republik Zentralafrika hatte ihn beeindruckt. Der französische Präsident riet von dem Vorhaben ab, und das Thema ging vorerst vergessen.

Drei Jahrzehnte später findet die Nachfolge vom Vater auf den Sohn dennoch statt – und ist sogar demokratisch legitimiert. Die Wahlbeobachter meldeten keine Fälschungen, die das Ergebnis beeinflusst hätten. Die entscheidenden Manipulationen geschahen im Vorfeld. Bongo setzte im Wahlkampf die Maschinerie der regierenden Parti démocratique gabonais und zu Propagandazwecken auch die Armee rücksichtslos ein. Der Wahlkampf wurde auf zwei Wochen beschränkt, so hatten seine Gegner gar keine Chance. Und für den Sieg genügte Bongo eine einfache Mehrheit von 42 Prozent. Man kann die Wahl mit den Worten eines Kommentators als «Demokratie ohne Demokraten» bezeichnen. Dies gilt auch für die unterlegenen Gegner, die sich vorschnell als Wahlsieger bezeichneten, um ihre Anhängerschaft aufzuwiegen.

Vor acht Jahren war in Kongo-Kinshasa erstmals in Schwarzafrika ein Präsidentensohn auf den Vater gefolgt: Joseph löste Laurent-Désiré Kabila nach dessen Ermordung ab. 2006 liess sich der heute 38-jährige Kabila bei den ersten Wah-

Unruhen nach der Wahl gehen weiter

mhf. Nach dem Sieg von Ali Bongo bei der Präsidentenwahl in Gabon ist es in Port-Gentil, dem Zentrum der Erdölindustrie, am Wochenende erneut zu Ausschreitungen gekommen. Laut einer Mitteilung des Innenministeriums vom Sonntag sind seit Ausbruch der Unruhen am Donnerstag drei Personen ums Leben gekommen. Möglicherweise werde für Port-Gentil der Ausnahmezustand verhängt. In der Nacht auf Samstag hatten Demonstranten erneut versucht, das französische Generalkonsulat anzuzünden. Der Erdölkonzern Total evakuierte die meisten seiner ausländischen Angestellten aus Port-Gentil. In der Hauptstadt Libreville beruhigte sich unterdessen die Lage.

len in dem Land seit den sechziger Jahren bestätigen. Kurz zuvor hatte in Togo, in Westafrika, eine dynastische Machtübergabe stattgefunden. Nach dem Tod des Autokraten Gnassingbé Eyadéma putschte sich 2005 dessen Sohn Faure mit Hilfe der Armee an die Macht. Als ihn die Geberländer zurückpfeifen, trat er zurück, aber nur, um nach einem kurzen Wahlkampf gewählt zu werden. Die Bongos in Gabon nahmen vom Ablauf der Ereignisse offenbar Notiz.

Als nächstes Land könnte Senegal, das als ein demokratischer Musterstaat in der Region gilt, in den zweifelhaften Ruf einer dynastischen Demokratie kommen. Zum Gespött der oppositionellen Presse baut der 83-jährige Präsident Abdoulaye Wade seinen Sohn Karim gezielt als Nachfolger auf. Letztes Jahr betraute er ihn mit der Organisation der 11. Konferenz Islamischer Staaten, die in Dakar abgehalten wurde. Obwohl in dem Zusammenhang schwere Korruptionsvorwürfe an den jungen Wade gerichtet wurden, trat er im März dieses Jahres als unerklärter Spitzenkandidat der Regierungspartei bei den Lokalwahlen in Dakar an. Das Bürgermeisteramt in der Hauptstadt sollte ihm als Sprungbrett für höhere Aufgaben dienen. Doch der Plan misslang. Der regierende Parti démocratique sénégalais (PDS) erlitt in fast allen Städten Senegals eine schwere Niederlage.

Opposition gegen die Wades in Senegal

Die Wades, die sich offiziell noch nie zu ihrem gemeinsamen Familien-Projekt geäußert haben, lassen sich jedoch nicht entmutigen. Die 2007 ins Leben gerufene «Génération du concret», eine politische Bewegung, die ihre Anhänger aus dem PDS rekrutiert, setzt sich mit Unterstützung des Palais présidentiel für den 41-jährigen Karim Wade und seine Ambitionen ein. Seit Mai leitet dieser ein speziell für ihn geschaffenes Superministerium für Infrastruktur, Stadtplanung, Entwicklungszusammenarbeit und Luftverkehr, für das andere Ressorts wichtige Kompetenzen hergeben mussten. «Sie meinen es ernst», sagt Mame Less Camara, einer der führenden Kommentatoren im Land. Spätestens 2012 finden in Senegal Wahlen statt. Camara befürchtet, Wade senior könnte vorher oder nachher – während einer letzten eigenen Amtszeit – kurzfristig Wahlen ansetzen. Dann hätte Karim Wade wie Ali Bongo das Überraschungsmoment und die Macht der Regierungspartei auf seiner Seite.

Aufgeklärte Senegalesen äussern Entsetzen, wenn sie auf die Aussicht einer Wade-Dynastie angesprochen werden. «Nicht bei uns», heisst es dann. Man ist es zwar gewohnt, dass Dorfchefs und die Führer der muslimischen Gemeinden ihre Ämter an den erstgeborenen Sohn weitergeben. Doch für den Staat gilt nicht das Gleiche wie für traditionelle Körperschaften – dieses Bewusstsein ist in allen Bevölkerungsschichten verbreitet. Nun regt sich Widerstand. Die Assises du Sénégal, eine Versammlung von Politikern und Gruppierungen der ausserparlamentarischen Opposition, haben kürzlich ein Gesetz vorgeschlagen, das die Amtsnachfolge innerhalb der Familie für das höchste Staatsamt verbieten würde.

